

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Nr. 256 / 2013

Soziales / Änderung Kindertagesstättengesetz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Kiel, Mittwoch, 29. Mai 2013

Anita Klahn: Konnexität und Kosten nicht geklärt

In ihrer Rede zu Top 2 (Gesetzentwurf zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes) erklärt die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Die Landesregierung hat mit großem Pathos und mit viel Geld aus der Landeskasse, den Streit mit den Kommunen über die Frage der Konnexität in der Kita-Finanzierung vorerst beendet. Ich betone *vorerst*, denn Sie werfen mit diesem Gesetzentwurf gleich wieder ohne Not einen neuen Konflikt auf.

Die Kommunalen Landesverbände haben ihre Position zu diesem Gesetzentwurf bereits in ihrer Stellungnahme unmissverständlich dargelegt. Aus Sicht der Kommunen wird durch diese Novellierung eine durch Landesrecht übertragende Aufgabe wesentlich verändert, was zu Mehrkosten bei den örtlichen Trägern der Jugendhilfe führt, die im Rahmen des Konnexitätsprinzips auszugleichen ist.

Wir Liberale, aber auch die beiden anderen Oppositionsparteien, haben im Ausschuss darum gebeten, dass die Frage der Konnexität aber auch die der Kosten noch einmal genau geklärt werden und der Wissenschaftliche Dienst mit einer entsprechenden Begutachtung betraut wird. Diese Einwände wurden jedoch von der Dänen-Ampel - entgegen Ihrer vielzitierten großen Dialogkultur - leichtfertig zur Seite gewischt, das Ansinnen der Opposition nach weiterer Prüfung nieder- und das Gesetz durchgestimmt.

Zur Klärung der offenen Fragen beantragt die FDP erneute Überweisung in den Sozialausschuss. Falls die Überweisung abgelehnt wird, wird sich meine Fraktion in der Abstimmung enthalten, da wir zwar die grundlegende Problematik anerkennen, es aber für unverantwortlich halten, dieses Gesetz ohne jegliche Kostenfolgeabschätzung und ohne Klärung der Frage der Konnexität zu verabschieden. Auch die Frage einer möglichen bürokratischen Entlastung der Kommunen hätte geklärt werden müssen.“